

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Belarus tatkräftig unterstützen – für Demokratie und Menschenrechte eintreten

Seit 1994 wird die Republik Belarus durch Staatsoberhaupt Alexander Lukaschenko regiert. Das Regime fällt seit Jahrzehnten durch eine konsequente Verletzung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeitsprinzipien sowie strukturelle Unterdrückung von Kritikern auf. Am 9. August 2020 fanden in dem Land zum fünften Mal in Folge Präsidentschaftswahlen statt. Ein OSZE-Bericht spricht von „überwältigenden Beweisen“ für Menschenrechtsverletzungen und Wahlfälschung in Belarus: Unter Aufsicht internationaler Beobachter sollen Neuwahlen abgehalten werden (<https://www.tagesschau.de/ausland/belarus-osze-wahl-101.html>). Durch gezielte Festnahmen von Mitbewerbern, und gewalttätige Unterdrückung oppositioneller Kundgebungen verhinderte Lukaschenko bereits im Vorfeld der jüngsten Wahlen jeglichen demokratischen Wettbewerb. Seine wichtigsten politischen Herausforderer wurden entweder inhaftiert, oder nicht zu der Wahl zugelassen.

In Reaktion auf die Beschneidungen der Versammlungsfreiheit und Behinderung der Oppositionsarbeit gelang es der einzigen verbliebenen Oppositionskandidatin, Swetlana Tichanowskaja, breite Teile der Bevölkerung zur Teilnahme an Wahlkampfveranstaltungen und Massenkundgebungen zu mobilisieren. Nach der Wahl musste Swetlana Tichanowskaja nach Litauen fliehen. Von dort aus fordert sie Neuwahlen und den Rücktritt Alexander Lukaschenkos.

Alexander Lukaschenko ließ sich am 23. September 2020 unter Ausschluss der Öffentlichkeit erneut zum Präsidenten vereidigen. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erkennen das offizielle Ergebnis der Präsidentschaftswahl nicht an.

Im Nachgang zu dieser Wahl kam es zu fortwährenden Massenprotesten in der Hauptstadt Minsk wie auch im Rest des Landes. Mit Wasserwerfern, Gummigeschossen und Blendgranaten gingen die Sicherheitsbehörden dabei gegen friedliche Protestanten vor, es wurde von systematischer Folter in der Untersuchungshaft berichtet (<https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26199&LangID=E>). Im Zuge der Proteste kam es zu mindestens vier Toten, hunderten Verletzten und mehr als 30.000 Festnahmen (<https://www.dw.com/en/belarus-incarcerates-anti-lukashenko-protesters-en-masse/a-55912923>). Schätzungen zufolge mussten ca. 14000 aus Belarus fliehen (<https://www.boell.de/de/2021/01/08/belarusische>

hilferufe-deutschland-und-europa-fehlt-es-solidaritaet-und-strategie-fuer?
dimension1=ds_belarus). Mit Einbruch der Kälte und wegen der wachsenden Gewaltbereitschaft der Sicherheitskräfte, ebten die Proteste ab. Es ist jedoch ab dem Frühjahr mit einer neuen Protestwelle zu rechnen.

Die Ereignisse in Belarus müssen weiterhin von der EU und Deutschland angesprochen werden. Belarus ist unser EU-Nachbar und ein Land der östlichen Partnerschaft. Wenn die EU mehr Verantwortung in der Welt übernehmen will, darf sie gerade in der eigenen Nachbarschaft Menschenrechtsverletzungen nicht tatenlos zusehen. Dabei darf sich Deutschland nicht aus der Verantwortung ziehen, wenn es um Unterstützung der demokratischen Opposition in Belarus geht.

Wir als Fraktion der Freien Demokraten wollen nicht tatenlos zuschauen, wie Menschen in Belarus für freie Meinungsäußerung und Streben nach Demokratie verhaftet und verurteilt werden und fordern von der Bundesregierung und der EU mehr Unterstützung für die demokratische Opposition in Belarus. Während sich einige EU-Mitgliedsstaaten von Beginn an gegenüber der belarusischen Opposition solidarisch gezeigt haben und sich an die Seite der Demonstrierenden gestellt hatten, zeigte sich die Bundesregierung eher zurückhaltend. Aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten hat die Bundesregierung es verpasst, die EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um Kräfte zu bündeln und Unterstützung für belarusische Opposition hoch auf die EU-Agenda zu setzen. Obwohl der Bundespräsident, die Kanzlerin und der Außenminister Swetlana Tikhanowskaja in Berlin empfangen hatten und Unterstützung für die demokratische Opposition zugesagt haben, hat die Bundesregierung nur sehr wenig umgesetzt, um die demokratische Opposition zu unterstützen. Wir fordern deshalb: Konkrete Maßnahmen statt leere Worthülsen!

Redaktion der Deutschen Welle ausbauen und unabhängigen Journalismus aus und über Belarus stärken

Lukaschenkos Regierung unterdrückt massiv Journalistinnen und Journalisten, um eine Berichterstattung zu erschweren. Es kam zu Festnahmen und Gewalt sowohl bei den Protesten als auch in Polizeigewahrsam. Verschiedene internationale Medienschaffende wurden des Landes verwiesen und es wurde lokalen wie internationalen Berichterstellerinnen und Berichterstellern die Akkreditierung entzogen. Darüber hinaus wird die belarusische Bevölkerung seit dem Wahltag immer wieder durch Internetzensur und -blockaden von unabhängigen Informationsquellen über die Proteste und die aktuelle Situation abgeschnitten. Deswegen fordern wir einen Ausbau der russischsprachigen Redaktion der Deutschen Welle, damit diese Qualitätsjournalismus für und über Belarus liefern kann.

Wir fordern mehr Unterstützung für die Deutsche Welle in ihren Bemühungen, Medienangebote in den Ländern der östlichen Partnerschaft, insbesondere in Belarus sowie in Russland auszubauen. Dies soll u.a. einen umfassenden

Ausbau digitaler russisch- und belarusischsprachiger Video- und Audioformate, sowie inhaltliche und markenbildende Präsenzverstärkung in relevanten Social-Media-Kanälen beinhalten. Aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sicherstellen, dass die Deutsche Welle in ihrer Berichterstattung auf ein breites Netzwerk von freiberuflichen Korrespondenten zurückgreifen kann. Außerdem bedarf es eines Ausbaus der Angebote der DW Akademie in Belarus und weiteren Ländern der östlichen Partnerschaft.

Personenbezogene Sanktionen auf Vertreter der Justiz ausweiten

Vor dem Hintergrund der massiven Menschenrechtsverletzungen kündigte die Europäische Union am 28. August 2020 Sanktionen gegen mehrere belarusische Amtsträger an. Die Liste der zu sanktionierenden Personen wurde schrittweise erweitert und beinhaltet Stand Januar 2021 84 Personen und 7 Firmen unter anderem Alexander Lukaschenko persönlich. Der Umfang der Sanktionen erreicht derzeit allerdings nicht den Umfang von 2010, als die EU nach der Wahl Lukaschenko und einen Teil der politischen Elite sanktionierte. Als Oppositionsführerin plädiert Svetlana Tikhanowskaya dafür, dass die personenbezogenen Sanktionen gegen die Unterstützer von Alexander Lukaschenko erweitert werden sollen.

Aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten sollten die Sanktionen im Falle von schweren Menschenrechtsverletzungen nicht nur die erste Riege der Regierung betreffen, sondern auch die Ebene der stellvertretenden Minister, sowie eine große Gruppe von Vertretern der Justiz und des Strafvollzuges.

Polizeigewalt der belarusischen OMON und GUBOPik international thematisieren

Die Sondereinheiten der Polizei OMON und GUBOPik gehen mit großer Härte gegen die friedlich Protestierenden vor. Die demokratische Opposition protokolliert Fälle des willkürlichen Einsatzes von Gewalt und auch im Zuge des Moskauer Mechanismus der OSZE wurden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte verzeichnet. Alleine im Zeitraum zwischen dem 09. und dem 12. August 2020 hat die OSZE 500 Fälle von Folter vermerkt. 4000 Menschen haben OSZE-Angaben zufolge wegen Polizeigewalt Anzeige erstattet, doch in keinem der Fälle wird ermittelt.

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert einen stärkeren internationalen Austausch über diese belarusischen Spezialeinheiten. Hierbei ist es essentiell, genau hinzuschauen, von welchen Kräften Gewalt ausgeht und sich deutlich gegen eine Anerkennung von Polizeigewalt zu positionieren.

Belarusischen IT-Unternehmen vereinfachten Umzug nach Deutschland ermöglichen

IT-Unternehmen machen bis zu 50 Prozent des Wachstums der belarusischen Wirtschaft und bis zu 7 Prozent der BIPs aus. Der Erhalt dieser hochmodernen Branche ist deshalb enorm wichtig für die Entwicklung des Landes. Viele junge und politisch aktive Menschen sind in der IT-Branche tätig, werden jedoch durch ihre Teilnahme an den Protesten oft verhaftet und fallen beruflich aus. Zum anderen blockiert die belarusische Regierung immer wieder den Internetzugang, um die Protestkoordination über den Messenger-Dienst Telegram zu behindern. Die Hürden für eine Verlagerung der IT-Unternehmen in andere EU-Länder sind sehr hoch.

Aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten könnte die EU-weite Prüfung von Umzugsangeboten an die belarusischen IT-Unternehmen diesen die Möglichkeit geben, ihre unternehmerische Existenz zu retten. Deutschland kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und durch eine Vereinfachung von Verwaltungsprozessen die Attraktivität des Angebots steigern. Der Austausch mit diesen hochspezialisierten Fachkräften kann für die eigene deutsche IT-Landschaft sehr wertvoll sein. Etwas Angebote sollten aus Sicht der Freien Demokraten unter der Bedingung einer Rückkehr nach Belarus im Falle einer nachhaltig demokratischen Entwicklung gelten.

Visavergabe aus humanitären und politischen Gründen entbürokratisieren und medizinische und psychologische Hilfe in Deutschland für Opfer der Repressionen und Folter anbieten

Obwohl das Auswärtige Amt sich bemüht, die Visavergabe zu vereinfachen, beklagen viele Oppositionelle, dass die zahlreichen bürokratischen Hürden für ein deutsches oder Schengenvisum bei der deutschen Botschaft nicht umfassend abgebaut wurden. Die Fraktion der Freien Demokraten fordert, dass hier endlich dauerhaft Entlastung geschaffen wird. Vertreter der Opposition berichten, dass viele Menschen direkt die humanitären Korridore nach Polen und Litauen nutzen und es nicht mal versuchen, ein deutsches Visum zu beantragen, weil es zu kompliziert und langwierig ist. Eine Flucht nach Polen oder Litauen ist für akut bedrohte Menschen oft die einzige Möglichkeit einer unrechtmäßigen Verhaftung zu entgehen. Eine Weiterreise ist aufgrund der fehlenden Dokumente dann nicht mehr möglich. Es ist dringend notwendig, die Visavergabe zu entbürokratisieren und deutsche Einreiseprozesse zu vereinfachen.

Viele belarusische Bürger verlassen ihr Land, sobald sie aus der Untersuchungshaft entlassen werden, sind Opfer der polizeilichen Gewalt oder gar Folter und benötigen dringend medizinische und psychologische Hilfe. Aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten sollte sich Deutschland mit seinen EU-Partnern aktiv koordinieren, um den Opfern politischer Gewalt diese wichtige Hilfe zukommen zu lassen.

Stipendienprogramm für aus politischen Gründen exmatrikulierte Studierende stärken

Eine besonders sensible Gruppe der Opfer politischer Repressionen sind Studierende, die aufgrund ihrer Teilnahme an Protestaktionen exmatrikuliert werden. An mehreren Universitäten im ganzen Land haben Protestaktionen stattgefunden und zahlreiche Studenten nehmen an den Groß- und Lokaldemonstrationen teil. Für männliche Studenten ist eine Exmatrikulation besonders gefährlich, denn sie riskieren in diesem Fall in die Armee zwangseingezogen zu werden.

Wir fordern ein deutsches DAAD-Stipendien-Kontingent aus bestehenden Haushaltsmitteln für Studierende aus Belarus, die politisch verfolgt werden. Mit einem begrenzten Teil dieses Kontingentes könnte den Studierenden ermöglicht werden in Polen und an der European Humanities University – der belarusischen Exil-Universität zu studieren.

Internationale Aufmerksamkeit auf die Lage in Belarus richten

Die Fraktion der Freien Demokraten setzt sich dafür ein, dass die angespannte Lage in Belarus weiterhin auf allen internationalen Foren thematisiert wird. Nur wenn die Verbrechen des Lukaschenko-Regimes kontinuierlich auf die politische Agenda gesetzt werden, kann politischer und diplomatischer Druck aufgebaut werden. Die internationale Aufmerksamkeit und öffentlicher Druck sind die besten Mittel um die politischen Gefangenen zu schützen und Einsatz der Gewalt durch die Sicherheitskräfte im Inland vorzubeugen.

Wir plädieren dafür, dass die Lage in Belarus im Rahmen der OSZE und der UNO, aber auch in bilateralen Gesprächen mit Vertretern Russlands weiterhin auf die Agenda gesetzt wird und auch über Menschenrechtsverletzungen gesprochen wird!

Austausch mit belarusischer Zivilgesellschaft unterstützen

Vertreterinnen und Vertreter der belarusischen Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition sind gut organisiert und erbringen beachtliche Leistungen bei der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, der politischen Bildung der belarusischen Öffentlichkeit sowie bei der Planung von demokratischen Reformen.

Wir wollen aktiv den Austausch mit der Zivilgesellschaft in Belarus suchen und zivilgesellschaftliche Organisationen dabei unterstützen, ihre Rolle als zentrale Akteure in der Gesellschaft wahrzunehmen. Das gilt sowohl für die belarusische Zivilgesellschaft und Organisationen im Inland, als auch im Ausland. Eine gemeinsame Projektarbeit und intensive Kontaktpflege können aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten den wichtigen Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen fördern.

Ansprechpartner:

Renata Alt, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Telefon: 030 227 - 75262 – E-Mail: renata.alt@bundestag.de